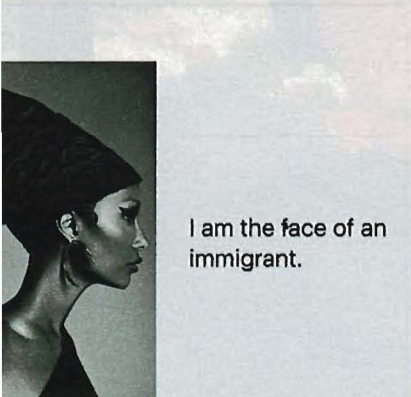
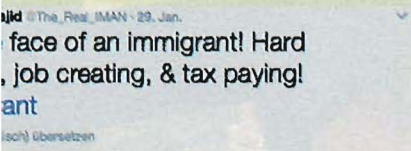


„Muslime“ Die Models Bella und Gigi Hadid bei Demonstration gegen Trumps Einreisestopp in New York



„Kommen“ Die Schauspieler Simon Helberg und Gigi Hadid bei den SAG Awards in Hollywood



I am the face of an immigrant.

„Anderer-Gesicht“ Model Iman, Witwe von Donald Trump, reagierte auf Trumps Dekret mit diesem Post

# Niemand muss Amerika retten

Von Alexander Wendt

Wenige Tage nach seinem Amtsantritt unterzeichnete Donald Trump ein Präsidialdekret, um das Transpazifische Freihandelsabkommen zu beerdigen. Kurz darauf beschloss er den Bau einer Mauer zu Mexiko. Und seit dem vergangenen Wochenende dürfen Bürger aus sieben muslimischen Staaten einstweilen nicht einreisen. Das alles am Parlament vorbei? Eine ganze Reihe Besorger sehen die USA schon auf dem Marsch in die Diktatur. Der CDU-Mann Norbert Röttgen erklärte, er werde eigenhändig das Schlimmste verhindern.

Wer jetzt von Ausnahmezustand redet, sollte sich nüchtern mit dem politischen System der USA befassen. Erstens ist die Executive Order ein verfassungsmäßiges Mittel. Seit den Gründervätern regieren Präsidenten mit diesem Instrument. Auch die letzten drei Staatschefs vor Trump: Bill Clinton 364-mal, George W. Bush in 291 und Barack Obama in 276 Fällen. Und zweitens kann der Staatschef mit einem Erlass das Parlament nicht umgehen. Wenn es etwa um die Etat-Entscheidung für den Mauerbau geht, läuft nichts ohne den Kongress. Und bei dem auf 90 Tage begrenzten Einreisestopp handelt es sich um eine verschärfte Variante des „Visa Waiver Program Improvement and Terrorist Travel Prevention Act“, durchgesetzt von Präsident Obama 2015. Ein Menschenrecht auf Immigration gab es auch unter seiner Administration nicht.

Selbst Trump braucht Mehrheiten. Kongresspolitiker lassen sich von einem Präsidenten nicht so einfach beiseiteschieben wie Bundestagsabgeordnete von der Kanzlerin, als die 2015 eine bedingungslose Grenzöffnung verfügte.

Ist Widerstand gegen den Trumpismus legitim? Zunächst: Was heißt Widerstand? Judikative, Opposition und kritische Öffentlichkeit der USA sind intakt. Ziviler Ungehorsam hat dort eine lange Tradition. Aber Amerikas Linke täte besser daran, die Gründe für ihre Niederlage zu begreifen. Mit regressiven Pussymützchen-Märschen und Rosa-Parks-Reenactments wird sie auch die nächste Wahl nicht gewinnen.

Von anderer Qualität wäre die schon eifrig diskutierte Idee, dass auch Staatsbedienstete Anweisungen der Trump-Administration missachten sollen. Wer das gutheißt, öffnet allerdings ein Gefäß mit toxischem Inhalt. Beamte, die zur anderen Seite des politischen Spektrums tendieren, könnten nach dem nächsten Machtwechsel genauso handeln.

Die amerikanische Demokratie funktioniert außerordentlich robust. Kein Präsident dehnte übrigens ihre Grenzen weiter als Franklin D. Roosevelt während des Kriegs gegen Deutschland und Japan. Er regierte exzessiv durch Executive Orders; 1942 zum Beispiel setzte er die Internierung von 120 000 Zivilisten mit japanischen Wurzeln durch. Fast zwei Drittel davon waren amerikanische Staatsbürger. Aber auch das machte die USA nicht zur Diktatur.

Und heute muss der Großstaatsmann Norbert Röttgen erst recht kein Landungsunternehmen starten, um Amerika zu retten. ■



Alexander Wendt, 50 stellvertretender Ressortleiter Politik. „Ich habe durch meine Reisen viel über die USA gelernt, noch mehr allerdings von Autoren, von Henry James bis David Foster Wallace.“